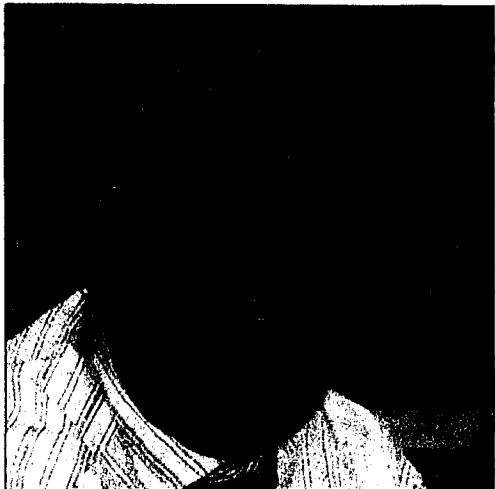


LANDTAG IN KÜRZE

Hochbauten: Sparbemühungen anerkannt und gewürdigt

VADUZ – Die staatlichen Hochbauten werden nicht mehr so einfach aus dem Boden spriessen: Der Landtag nahm einhellig den von der Regierung unterbreiteten Hochbautenbericht zur Kenntnis. Elmar Kindle (FBP, Bild) hielt dazu fest, dass die aufgezeigten Einsparpotenziale gute Ansätze seien. Er begrüßte zudem, dass man sich in Zukunft auch intensiv mit Werterhaltung und Optimierung befasst.



Auch Heinz Vogt (VU) begrüßte es, dass jedes Bauprojekt des Landes Liechtenstein den Landtag künftig lange bezüglich Baukosten und Folgekosten beschäftigen werde. Es sei richtig, dass eine sorgfältige Bedürfnisanalyse verlangt werde, um einen Bau zu rechtfertigen. Projekte müssten nachhaltig und finanzierbar sein. Auch Vogts Parteikollegin Marlies Amann-Marxer sprach von «Bescheidenheit, im Hochbau. Paul Vogt (FL) bezeichnete das Hochbauprogramm als «Schritt in die richtige Richtung». Er unterstütze das Bewusstsein, das von diesem Bericht ausstrahlt werde.

Optimieren, Unterhalt und Werterhalt

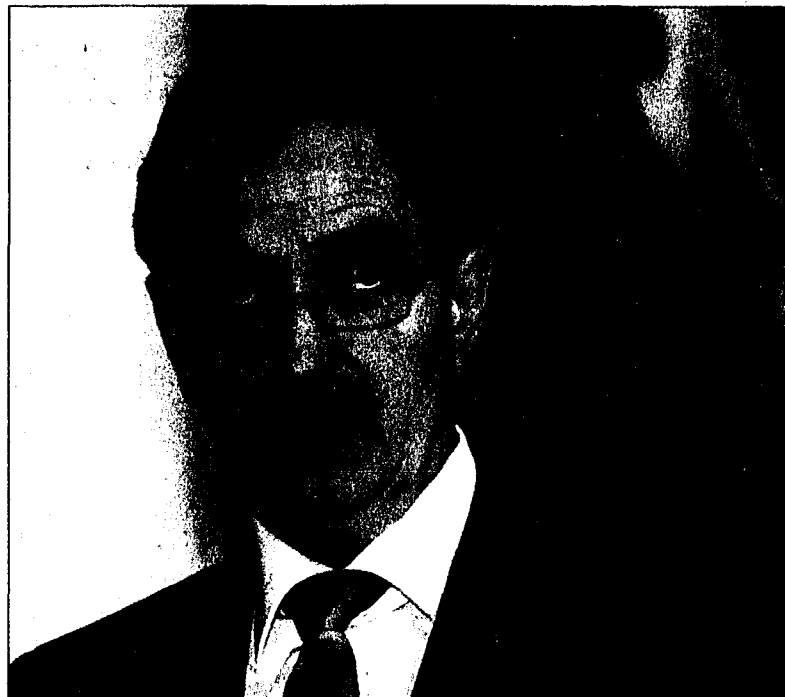
Regierungschef Otmar Hasler (Bild) zeigte auf, dass es künftig darum gehe, Bedürfnisse noch ernsthafter zu prüfen und bei geplanten Neubauten auch vermehrt die Folgekosten zu analysieren. In Liechtenstein seien die Standardanforderungen sehr hoch, «wir müssen bescheidener werden», so der Regierungschef. Analysen ergäben immer wieder, «dass das Teuerste nicht immer auch das Beste» ist.

Schulzentrum Unterland II: Kehrtwende bei der VU?

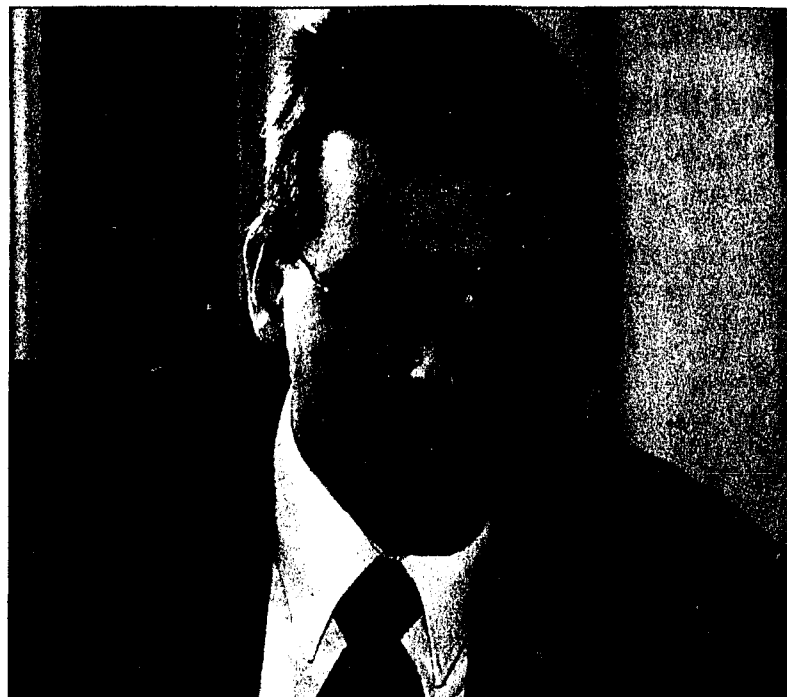
Neue Töne schlugen die VU-Abgeordneten Doris Beck und Marlies Amann-Marxer an, als das Projekt eines zweiten Schulzentrums im Unterland diskutiert wurde. Es sei eine Leidensgeschichte für die Eltern im Unterland, meinte etwa Doris Beck. Dezentralisierung tue Not, weil eine Massierung von Hunderten von Schülerinnen und Schülern auch soziale Konflikte begünstige, ergänzte Amann-Marxer. Man müsse nun Standortkonzepte erarbeiten, um in diesem Projekt weiterzukommen.

Vor Jahren durch VU abgeschmettert

Rudolf Lampert (FBP) hielt zu dieser Kehrtwende bei der VU-Fraktion fest, dass die Union unter der Alleinregierung Mario Frick das Schulzentrum Mühleholz II noch mit 13 Stimmen «durchgedrückt» habe. Und Alois Beck (FBP) ergänzte: Diese Debatte haben wir vor Jahren schon mit ähnlichen Argumenten seitens der FBP geführt. Damals habe die VU dafür kein Gehör gefunden und nun argumentiere man mit beinahe identischem Wortlaut. Zumindest – so scheint es nach der Debatte – ist man einer dezentralen Lösung im Unterland – einen Schritt näher.



«Dazu braucht es keine ABC-Kostenanalyse», lobte FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel den Sparkurs der Regierung.



Brachte Sparantrag zur Reduktion des Gemeindeanteils an der Kapital- und Ertragssteuer ein: Wendelin Lampert (FBP).

Viel Lob und moderate Kritik

Landesvoranschlag 2006 gestern Nacht im Landtag grundsätzlich unbestritten

VADUZ – Der von der Regierung vorgelegte Landesvoranschlag 2006, der in der Laufenden Rechnung ein Defizit von 25 Millionen Franken vorsieht, war letzte Nacht grundsätzlich unbestritten. Einzig seitens der VU wurden vereinzelt moderate kritische Töne geäußert. Mit 17 Stimmen wurde der Voranschlag kurz vor Mitternacht genehmigt.

• Martin Frommelt

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel sagte, die im Vorfeld der Landtagssitzung mehrfach von VU-Seite geäußerte Kritik, es fehle der Regierung an einem Konzept und an einer Gesamtanalyse, treffe «überhaupt nicht zu».

Die Regierung Hasler habe in einem schwierigen Umfeld die richtigen Schlüsse gezogen, denn sie habe prioritär zwei Bereiche angegangen: Den Eigenkonsum des Staates mit dem Sach- und Personalaufwand und gleichzeitig den Bereich der Beitragsleistungen mit der im Staatshaushalt überhaupt gewichtigsten Ausgabenposition des Staatsbeitrages an die Krankenkassen.

FBP-Politik trägt Früchte

Dazu Markus Büchel: «Dazu braucht es keine ABC-Kostenanalyse von McKinsey, das wurde richtig erkannt und in die Hand genommen. Und die erfreuliche Mitteilung von letzter Woche, dass die Krankenkassenprämien sowohl in der Grundversicherung wie auch

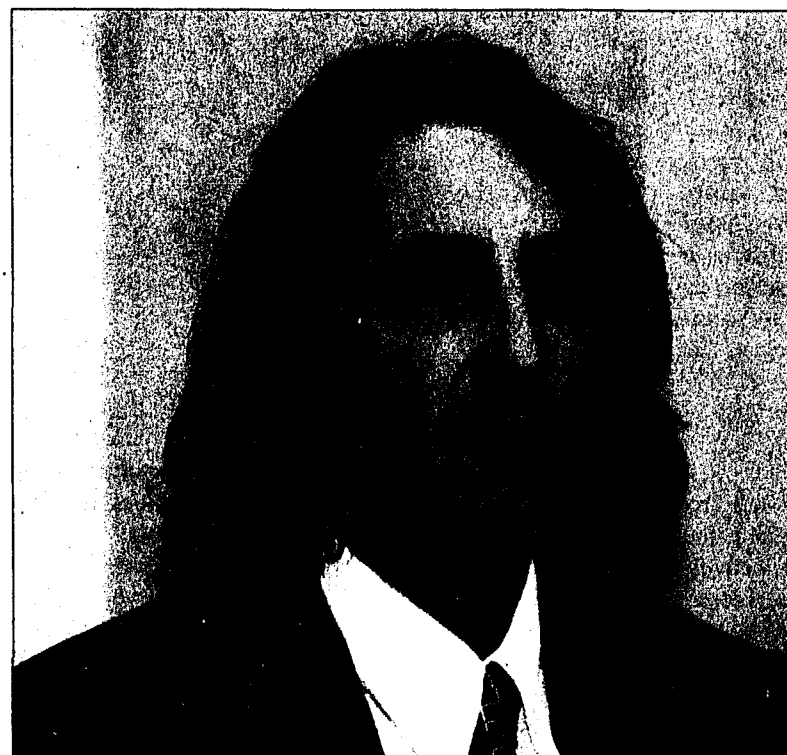
bei der Zusatzversicherung nicht erhöht werden müssen, ist der beste Beweis für den Erfolg der von der FBP gegen alle Widerstände durchgeführten KVG-Revision. Dieser Erfolg der Prämienstabilisierung und dass wir uns von der Kostenentwicklung in der Schweiz abkoppeln konnten, hat mit der KVG-Revision und dem Engagement und konsequenten Handeln der FBP-Fraktion und der vormaligen FBP-Alleinregierung Hasler zu tun.»

Wiederholt gesenkt

FBP-Fraktionssprecher Büchel lobte den klaren Sparkurs der Regierung: «Dass sich der Sachaufwand im Budgetvergleich wiederum deutlich reduziert, ist erfreulich und der konsequenten Haltung des finanzverantwortlichen Regierungschefs Otmar Hasler zu verdanken. Bereits zum vierten Mal in Folge gelingt es ihm, den Sachaufwand im Vergleich zum Vorjahresbudget zu senken. Mit einem Gesamtaufwand von 82,3 Mio. liegt das rund 1,2 Mio. unter dem Budget des Jahres 2005.»

Sparmöglichkeiten ausgereizt

Auch Johannes Kaiser (FBP) anerkannte den im Zeichen des Sparkurses der Regierung stehenden Landesvoranschlag: «Der Sparwille und die Sparrealisierung, die die Regierung Hasler in den letzten Jahren einleitete, nimmt in der vorliegenden Budgetplanung ihre Fortsetzung, wobei in vielen Bereichen die internen Möglichkeiten der Kostenreduzierungen nun ziemlich ausgereizt worden sind».



«Die internen Möglichkeiten der Kostenreduzierungen sind nun ziemlich ausgereizt»: Johannes Kaiser (FBP), Vorsitzender der Finanzkommission.

Als Vorsitzender der Finanzkommission des Landtages brachte Kaiser noch einmal dafür Kritik zum Ausdruck, dass die VU die Budgetdebatte auf den Dezember verschieben wollte. Der Regierungschef habe bezüglich der falschen Berechnung der volkswirtschaftlichen Daten so rasch und transparent als nur möglich informiert, denn noch am gleichen Tag der Sitzung der gemeinsamen Mehrwertsteuerkommission am 18. November sei die Finanzkommission informiert worden, so der Kommissionvorsitzende Kaiser.

Moderate Kritik von der VU

Während es von der Freien Liste in der Eintretensdebatte keine Wortmeldung und somit auch keine Kritik gab, blieben seitens der VU kritische Töne, wenn auch in deutlich moderaterem Masse als in den Jahren zuvor, nicht aus. Landtagsvizepräsident Ivo Klein (VU) gab zu bedenken, dass der Fehlbetrag von rund 25 Mio. Franken ohne Berücksichtigung der Sondererträge rund 53 Mio. Franken ausmachen würde, was die Notwendigkeit struktureller Korrekturen noch deutlicher mache. «Besonders peinlich berührt» hätte ihn, dass sich die Basisdaten zur Berechnung der volkswirtschaftlichen Daten als falsch erwiesen haben, deshalb erwarte er von der Regierung Aufklärung, wie es dazu kommen konnte, hielt Ivo Klein fest.

Für echte Reformen

Günther Kranz (VU) bemängelte konkret, dass der Voranschlag die

Voraussetzungen des Finanzhaushaltsgesetzes nicht zu erfüllen vermag. Dies sei eine Besorgnis erregende Entwicklung des Staatshaushaltes, denn der signifikante Abbau der Reserven erfülle ihn mit Sorge, mahnte Kranz und forderte «unbedingt eine Kehrtwende». Als «ausdrücklich positiv» bezeichnete es Kranz, dass es der Regierung gelungen ist, die Sachaufwendungen zurückzufahren. Insgesamt bestehe «ein breiter Konsens» darüber, dass eine umfassende strukturelle Bereinigung beim Staatshaushalt notwendig sei und dabei «sollte es nicht bei Mini-Reformen bleiben», denn sonst könne der Wohlfahrtsstaat auf Dauer nicht finanziert werden, mahnte Günther Kranz.

FBP-Sparvorschlag

Da im Rahmen der Eintretensdebatte keine konkreten Sparvorschläge gemacht wurden, brachte Wendelin Lampert (FBP) den «verantwortbaren» Vorschlag ein, «den Gemeindeanteil an der Kapital- und Ertragssteuer von 50 auf 45 Prozent zu reduzieren». Mit der Unterstützung dieses Antrages könnte der Finanzierungsfehlbetrag des Staates um ca. 7,46 Mio. Franken verringert werden, so Wendelin Lampert: «Mein Vorschlag bringt für alle Gemeinden weniger Einnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer, wobei es zu berücksichtigen gilt, dass eher die grossen und mit üppigen Reserven ausgestatteten Gemeinden einen Beitrag zur Verringerung des Staatsdefizits leisten, was doch ganz im Sinne der Solidarität und des Gemeinschaftsgefühls ist.»

VU: Kein Gehör für Sparantrag

Dieser Vorschlag fand allerdings seitens der VU kein Gehör. Heinz Vogt sagte, er halte nicht viel davon, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden «in einer Schnellaktion zu ändern». Auch Günther Kranz (VU) warnte «vor Schnellschüssen». FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel dagegen bemerkte, der Vorschlag komme zwar kurzfristig, allerdings sei zu bedenken, dass für das Land durch die LAK-Entscheidung ebenfalls kurzfristig ursprünglich nicht budgetierte Mehrausgaben von rund 3 Mio. Franken anfallen und es deshalb zuzumuten wäre, wenn jetzt eine Kompensation beschlossen würde. Auch Rudolf Lampert (FBP) wies darauf hin, dass mit dem gemachten Vorschlag für das Jahr 2006 ein Ausgleich zu den nicht budgetierten Mehrleistungen an die Gemeinden gemacht werden könne. Der Antrag fand schliesslich keine Mehrheit.



Gegen «Schnellaktion» bei Gemeindezuweisungen: Heinz Vogt (VU).